

Decio Machado / Raúl Zibechi

Die Macht ergreifen, um die Welt zu ändern?

*Eine Bilanz der lateinamerikanischen
Linksregierungen*



Inhalt

Einleitung	7
Krisenmanagement: Progressive Regierungen in Lateinamerika	17
Venezuela	19
Bolivien	22
Ecuador	28
Zeitenwende: Der Rechtsruck	30
Manager – Eine neue Bourgeoisie?	45
Probleme sozialistischer Transformationsprozesse	62
Sowjetunion	64
Kuba	68
Venezuela	75
Schlussfolgerungen	82
Die Rolle des Staates und die neuen Eliten unter den Linksregierungen	89
Die Vorgeschichte	90
Nach dem Neoliberalismus	99
Linkspopulismus	109
Modernisierungsstrategien	113
Neoextraktivismus	119

Brasilien: Was die Korruption beweist	124
Bolivien: Bergbaugenossenschaften und aufstrebende Bourgeoisie	135
Fazit	145
Ende eines Zyklus: »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«?	149
Das Fortbestehen der Ungleichheit	149
Sozialpolitik im Dienst des Finanzkapitals: Das brasilianische Beispiel	167
Repression zur Aufrechterhaltung von Privilegien	174
Ecuador	175
Bolivien	178
Uruguay	180
Argentinien	181
Brasilien	185
Fazit	190
Literaturverzeichnis	195
Nachwort von Raul Zelik	211



Die Rolle des Staates und die neuen Eliten unter den Linksregierungen

Der lateinamerikanische *progresismo*¹ begreift Staat und Kapitalismus in der Regel als Gegensatzpaar. Der französische Historiker Fernand Braudel hat hingegen darauf verwiesen, dass der Kapitalismus ohne staatliche Rückendeckung keinen Erfolg haben kann. »Der Kapitalismus triumphierte nur dann, wenn er mit dem Staat identifiziert wurde, wenn er der Staat war« (Braudel 1986, 60). Die Verbindung von Staat und Kapital hat ihre außerordentliche Kraft unter Beweis gestellt. Die Kontrolle des Staatsapparates spielte eine zentrale Rolle bei der Herausbildung der lateinamerikanischen Bourgeoisien, die dadurch entstanden, dass sie gegen die lokalen Vertreter der europäischen Monarchien Gewalt ausübten. Danach war der Staat von entscheidender Bedeutung, um sich das Land der Indigenen und Schwarzen, der Bauern und traditionellen Gemeinschaften aneignen zu können.

Wenn sich zwei Machtgruppen auf der nationalen Bühne gegenüberstehen, wie es während der Unabhängigkeitskämpfe und während der Krise der Oligarchien (bei den Übergängen der Hegemonie zwischen Spanien, Portugal und England und später zwischen England und den USA) der Fall war, scheint der Aufbau starker Staaten die beste Option zur Lösung des

Konflikts zugunsten der aufstrebenden Gruppe darzustellen (Wallerstein 1998). Im dritten Übergang zwischen der US-amerikanischen Vorherrschaft und einer noch ungewissen zukünftigen Hegemonie Chinas zeichnet sich etwas Ähnliches ab: Die fortschrittlichen Regierungen Lateinamerikas haben auf die Stärkung der Staatsapparate als Mittel gesetzt, um die Konflikte mit den USA, dem Finanzkapital und den großen multinationalen Unternehmen zu ihren Gunsten zu lösen. Die Zukunft dieser Strömung hängt davon ab, ob diese Anstrengungen Erfolg haben werden oder nicht.

Zwei Beispiele für Gruppen, die unter den fortschrittlichen Regierungen aufstreben, sind die neuen, aus den großen Staatsunternehmen hervorgehenden Eliten Brasiliens sowie Teile der Bergbaukooperativen in Bolivien. Obwohl es zu früh ist, die Rolle dieser Gruppen in den betroffenen Ländern und in der Region als solcher zu bewerten, lassen sich doch einige Aspekte festhalten, die die Logik der politischen Konflikte verständlich machen. Dafür muss man sich von der Rhetorik hinsichtlich Sozialismus und der Verringerung der Ungleichheit befreien und die harte Wirklichkeit analysieren, die darauf hindeutet, dass die Armen für den Kampf einer Fraktion der bürgerlichen Klasse gegen eine andere mobilisiert werden sollten.

Die Vorgeschichte

Die tiefe Krise Lateinamerikas in den 1980er Jahren war im Unterschied zur Großen Depression der 1930er

Jahre vor allem eine Staatskrise. Dieser Umstand und das Ende der nationalen Entwicklungsstrategien, die mit wechselnder Entschlossenheit im gesamten Zeitraum zwischen 1930 und 1970 verfolgt worden waren, mündeten in einer steigenden Staatsverschuldung. Zwischen 1970 und 1978 wuchsen die lateinamerikanischen Gesamtschulden jährlich um 24 Prozent und verdreifachten sich im darauffolgenden Zeitraum bis 1982 (Bresser 1998, 105).

In den 1970er Jahren erlebten die internationalen Finanzmärkte mehrere Transformationsprozesse, die zu einem spürbaren Anstieg des Kreditangebots in der Peripherie führten. Die Komplizenschaft zwischen den Finanzmarktakteuren und den herrschenden Gruppen Lateinamerikas ermöglichte das Entstehen von »auf öffentlicher oder privater Verschuldung beruhenden Konsum- und Spekulationsblasen« (Sevares 2007, 188).

Eine Untersuchung des renommierten französischen Forschungsinstituts *Centre d'Études Prospectives et d'Informations Internationales* (CEPII) von Dezember 1991 konstatierte:

»Als Antwort auf die ›Kreditorgie‹, zu der es als Ergebnis der Bankenkonkurrenz in den 1970er Jahren kam, nahm die Zahl der Investitionsruinen zu. [...] Die Liste der mehr oder weniger großen ›weißen Elefanten‹ ist lang und das Resultat einer Kollusion von kurzfristigen Interessen der Banken und Handelsunternehmen in den Gläubigerländern sowie von privaten und öffentlichen Interessen in den Schuldnerländern« (CEPII 1992, 289).

Im Unterschied zur Krise der 1930er Jahre, als fünf Länder (Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexiko und Peru) ihre Schulden nicht länger anerkannten und Argentinien sie zumindest teilweise annullierte (Félix 1987, 3-46), beschränkten sich die Regierungen Lateinamerikas nach der mexikanischen Krise von 1982 darauf, unter US-amerikanischer Führung mit ausländischen Privatgläubigern zu verhandeln. Der CEPAL (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe*) zufolge belief sich der Nettotransfer von lateinamerikanischem Kapital in den Norden allein in den Jahren 1983 bis 1991 auf 200 Mrd. US-Dollar. Insgesamt sollten zwischen 1982 und 2000 für den Schuldendienst 1,452 Billionen US-Dollar gezahlt werden, also vier Mal so viel, wie man ursprünglich als Schulden aufgenommen hatte (Toussaint 1989, 4).

Bis in die 1970er Jahre herrschte international das Konzept des fordistischen Sicherheitsstaates vor, der sich durch eine Institutionalisierung der Klassenkonflikte unter staatlicher Führung und durch die konsumvermittelte Einbindung der Arbeiterklasse als Entwicklungsfaktor auszeichnete. Doch mit der Krise – als die Sozialausgaben für den Staat aufgrund des sich abschwächenden Wachstums zu einem finanziellen Problem wurden – kamen die neoliberalen Theorien der Chicago-Boys, die die Kürzung der öffentlichen Ausgaben und einen Abbau staatlicher Regulation propagierten, in Lateinamerika zur Anwendung. Es scheint daher kein Zufall, dass sich das Ende des lateinamerikanischen Wachstumszyklus zeitlich mit der globalen Krise des Fordismus sowie mit

den Bemühungen deckt, die Ökonomien der zentralen Länder durch eine Marktintegration der Entwicklungsländer wieder in Gang zu bringen.

Auf diese Weise setzte sich in Lateinamerika der Neoliberalismus durch und zwar mit maßgeblicher Unterstützung des Internationalen Währungsfonds, der mit seinen »Empfehlungen« die Senkung all jener Staatsausgaben vorantrieb, die nicht unmittelbar der Reproduktion des Kapitals dienen (Torres 2001). In der Praxis bedeutete dies einen offenen Angriff des Kapitals auf die Arbeit, mit dem die stark gefallene Profitrate wieder erhöht werden sollte.

Die Strukturanpassungspläne gingen mit klassisch neoliberalen Maßnahmen einher: der extensiven Privatisierung von Gütern, Dienstleistungen und Ressourcen, der Liberalisierung von Preisen und Wechselkursen, der Abschaffung von Lohnstandards und der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sowie der Deregulierung der Geldmärkte, was zu einem Anstieg der Zinsen führte. Außerdem wurden im lateinamerikanischen Fall noch weitere Maßnahmen ergriffen: die Deckelung des Haushaltsdefizits (durch einen Abbau der Staatsbürokratie), Preiserhöhungen bei bis dahin subventionierten Gütern (Grundprodukten des täglichen Gebrauchs), Einfrieren der Löhne, die Erhöhung der Zinsen (mit der man die Sparquote anheben wollte), die Abwertung der Landeswährung sowie Garantien für das ausländische Kapital, mit denen Investitionen gefördert werden sollten.

Das alles fand in zwei unterschiedlichen Etappen statt: In den 1980er Jahren wurde eine erste Welle

von Reformen verabschiedet, die vor allem der Inflationsbekämpfung dienten – Kürzung der öffentlichen Ausgaben und Anhebung der Zinsen. In den 1990er Jahren hingegen kam es zu ergänzenden Maßnahmen, die die Öffnung der Märkte, Privatisierungen und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zum Ziel hatten und unter dem Dach des »Washington-Konsens« verabschiedet wurden.

Die Umsetzung dieser Reformen führte zu einem Reallohn- und Kaufkraftverlust der Bevölkerung und verschärfte die Überakkumulation des Kapitals (Katz 2014). Dies alles in unterentwickelten Staaten, wo die ungleichen internationalen Tauschverhältnisse und die technologische Rückständigkeit – Strukturen, die den Ländern des Zentrums zulasten der Peripherie Vorteile verschaffen – die Profitrate auf extrem niedrigem Niveau halten (Dosman 2006).

Nach Zahlen der CEPA stieg die offene Arbeitslosigkeit auf dem Subkontinent von 7,2 auf 11 Prozent, während der Mindestlohn durchschnittlich um 25 Prozent zurückging und der Anteil der informell arbeitenden Bevölkerung von 36 auf 46 Prozent zunahm. Das reichste Zehntel der Bevölkerung verfügte 2003 über 48 Prozent der Einkommen, das ärmste Zehntel hingegen nur über 1,6 Prozent.

Politisch durchgesetzt in der Region wurde der Neoliberalismus mehrheitlich durch Militärdiktaturen. Tatsächlich hatte sich dieses Muster schon frühzeitig im Chile Pinochets angedeutet, wo die US-Ökonomen Friedrich Hayek (er besuchte Chile im November 1977

und im April 1981) und Milton Friedman als Berater fungierten. Friedman sollte später auch den Begriff des »chilenischen Wunders« prägen, um die Arbeit seiner Schüler im Süden Südamerikas zu charakterisieren. Nach dem Abtritt der Militärdiktaturen wurde dieses neoliberale Modell von den gewählten Regierungen weiter verfolgt.

Der Beginn des 21. Jahrhunderts war von der Krise des Neoliberalismus in Lateinamerika geprägt. Der Staat war so stark verschlankt worden, dass er keine Investitionen mehr planen und durchführen konnte. Die alten, im Rahmen der Importsubstitution aufgebauten Industrien existierten nicht mehr, was die Abhängigkeit der Region gegenüber den globalen Rohstoffmärkten verschärfte, und die nationalen Ökonomien waren den deregulierten Kapitalbewegungen schutzlos ausgeliefert.

Die Krise des lateinamerikanischen Neoliberalismus führte dazu, dass man sich ausgehend von einer scharfen Austeritätspolitik erneut im Ausland zu verschulden begann. Die Kürzungen der Staatsausgaben und der Kaufkraftverlust der arbeitenden Bevölkerung – sowie die damit zusammenhängende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – verhinderten einen bedeutsamen Anstieg der Investitionen.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass der Neoliberalismus nicht nur ein Angriff auf die Arbeiterklasse war, die Gewerkschaften schwächte und staatliche Strukturen handlungsunfähig machte, sondern auch als Projekt der herrschenden einheimischen Klassen scheiterte, die eine Expansion ihrer

Geschäfte, eine Stärkung der Akkumulationsbasis und eine größere Präsenz auf dem Weltmarkt anstreben« (Katz 2004, 27). Der Neoliberalismus sorgte weder für mehr Wachstum, noch lieferte er ökonomische Impulse. Die von ihm ermöglichten Gewinne wurden kurzfristig realisiert und waren Folgen der Schocktherapie, deren Maßnahmen sich gegen die Beschäftigten richteten und die Ausbeutungsrate steigen ließen. Der Nutzen war jedoch gering, da die Kaufkraftverluste der Bevölkerung und der Rückgang der Binnennachfrage einer nachhaltigen Entwicklung der Akkumulationsprozesse im Weg standen.

Gleichzeitig setzten die gesellschaftlichen Widerstände, die in einigen Fällen Teilerfolge erzielten und die Grundlagen für die fortschrittlichen Regierungen der 2000er Jahre legten, »dieser Offensive des Kapitals schließlich Grenzen« (Katz 2014). Als Konsequenz hiervon wurden Diskurs und Politik des Neoliberalismus modifiziert und auf heuchlerische Weise »Defizite des Marktes« sowie die Notwendigkeit einer staatlichen Regulation bestimmter Bereiche eingestanden. Die »absolute Herrschaft der Flexibilität« (Bourdieu 1998) zeigte bereits erste Anzeichen ihres Scheiterns.

Tatsächlich wurde schon Mitte der 1990er Jahre deutlich, wie mager die praktischen Ergebnisse der neoliberalen Politik in Lateinamerika gewesen waren. Der renommierte britische Ökonom John Williamson, der den Begriff des »Washington-Konsens« geprägt hatte und damals Chefökonom der Weltbank war (zuvor hatte er zum Führungsstab des IWF gehört), begann

Maßnahmen gegen die Probleme der Ungleichheit und der Einkommensverteilung einzufordern. Von diesem Moment an plädierte auch die Weltbank für eine Erhöhung staatlicher Sozialprogramme, mit denen die Effekte der wachsenden Armut abgefedert werden sollen. Dieselben Institutionen des Bretton-Woods-Systems, die den Neoliberalismus in Lateinamerika zuvor propagiert hatten, sprachen sich nun für eine Stärkung der Institutionen aus, um die Folgen ihrer Deregulierungspolitik zu begrenzen. Die zynische Argumentation der neoliberalen Vordenker lautete, der rasante Anstieg der Armut sei während einer »Übergangsphase« unvermeidbar, bis dann das neue Modell für Beschäftigung sorgen werde. In Pierre Bourdieus Worten (2000): Der Markt sorgt für den Tod der einen und den Erfolg der anderen.

José Luis Coraggio und Natalia Quiroga haben in ihren Studien darauf hingewiesen, dass die Stärkung der Institutionen vor allem als eine Vertiefung der Privatisierung und als Inwertsetzung des Öffentlichen daherkam:

»Ein gutes Beispiel hierfür waren die Kommodifizierung und das Outsourcen der Sozialpolitik (die Weltbank förderte den Aufbau neuer Nichtregierungsorganisationen, die in der Lage waren, die staatlichen Programme dezentral und zu geringeren Kosten umzusetzen). Zudem konzentrierte man sich eindeutig auf assistenzialistische, nicht-universelle Sozialprogramme, die die Bekämpfung der extremen Armut an Orten territorialer Verdichtung zum Ziel hatten ...[...]. Diese Program-

me wurden anhand von Effizienzkriterien evaluiert, die den Schuldendienst unserer Länder sicher stellen sollten. Dass diese Schulden illegitim zustande gekommen waren und unbezahlbar sein könnten, kam den Autoren der Programme hingegen nicht in den Sinn. Die Strategien der Reformprozesse bewegten sich innerhalb eines klar umrissenen Horizonts: Die Wirtschaft ist eine autonome Sphäre der Gesellschaft, die über ihre eigenen unantastbaren Gesetze verfügt, nämlich das freie Spiel der Kräfte auf einem von Asymmetrien und fehlenden Möglichkeiten heimgesuchten Markt. Die Sozialpolitik sollte die als unvermeidbar erachteten Sekundäreffekte einer guten Wirtschaftspolitik abfedern. Man war der Ansicht, dass eine gute makroökonomische Politik die beste Sozialpolitik sei. Welche wirtschaftlichen Branchen in den jeweiligen Ländern und Regionen wachsen (oder verschwinden) sollten, entschied der Markt; so wie dieser auch für die Umsetzung der Menschenrechte von Individuen, Gruppen und Regionen sorgen sollte« (Coraggio y Quiroga, 2005, 67).

In diesem Sinne diente das neoliberale Modell in Lateinamerika dazu, einerseits ein auf Effizienz, Nutzen und Qualität beruhendes Unternehmensmodell zu etablieren und andererseits die Interessen des einheimischen Kapitals mit denen des transnationalen oder supranationalen Kapitals in Deckung zu bringen (Caicedo 2014). Dies implizierte eine Aushöhlung des Staates und ein Ende »der Matrix Nation-Volk-Staat« (Garretón 2003).

Nach dem Neoliberalismus

Der »neue Zyklus fortschrittlicher Regierungen«, wie die Phase auch oft genannt wird, resultierte aus einer Reihe von Wahlerfolgen, die den vorhandenen Wunsch nach Veränderung in den Gesellschaften widerspiegeln. Der erste Ausdruck dieser Entwicklung war der Wahlsieg von Hugo Chávez mit 56 Prozent der abgegebenen Stimmen im Dezember 1998 in Venezuela.

Diese Reformphase, die in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder – und im Unterschied zu anderen peripheren Regionen der kapitalistischen Welt – zu einem politischen Wandel führte, war eine Folge davon, dass der Neoliberalismus in Lateinamerika von einer gesellschaftlichen Mehrheit als Aggression betrachtet wurde (Hourtart 2009). Es hatte sich ein antineoliberaler Widerstand formiert, der soziale Bewegungen neuen Typs hervorbrachte und die man mit dem kolumbianischen Soziologen Orlando Fals Borda als aktualisierte Form des »antiherrschaftlichen« (*anti-señorial*) Bauernwiderstandes bezeichnen könnte.

Die Heterogenität der »fortschrittlichen Projekte« in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, in denen sich selbst als links bezeichnende Organisationen an die Macht gelangten, hat auch damit zu tun, dass die Wahlen auf sehr unterschiedliche Weise gewonnen wurden. Die Prozesse in Bolivien und Venezuela verliefen anders als die in Brasilien und Uruguay, die in Ecuador und Argentinien unterschieden sich von dem in Nicaragua.

Die Strategien der Machtübernahme – mit ihren Forderungen und roten Linien – erklären auch einen weiteren Unterschied zwischen diesen Prozessen: ob nämlich Vertreter der Unternehmerverbände, Mitte-Rechts-Politiker oder sogar eindeutig reaktionäre Kräfte (wie unter den Präsidenten der PT [*Partido dos Trabalhadores*] in Brasilien) direkt in den Regierungen vertreten waren oder nicht.

Es besteht jedoch ein allgemeiner Konsens, dass bei allen linken Projekten Teile des konservativen politischen Spektrums eingebunden wurden. Der neue »postliberale Konsens« besagte, dass der Markt allein weder die Armut noch die ökonomische Instabilität überwinden kann. Aus diesem Grund herrschte Einigkeit, dass »mehr Staat« notwendig sei (Stolowicz 2007).

Hier beginnen jedoch die Probleme, da weder der Kapitalismus im Allgemeinen noch der Neoliberalismus im Besonderen notwendigerweise auf das Konzept des »Minimalstaats« hinauslaufen; beide Systeme fordern vielmehr ein, dass der Staat entschieden zugunsten des Kapitals interveniert. Die Größe des Staates hängt von anderen, sich zeitlich verändernden Bedingungen ab.

Die jeweilige Form des Staats spielt eine zentrale Rolle bei der Enteignung und Übertragung gesellschaftlichen Reichtums – weg von der Gesellschaft und hin zum Kapital (Privatisierungen, die Erschließung von Rohstoffen, regressive Steuerpolitik, Aufnahme staatlicher Schulden, Steuerbefreiung für Unternehmen etc.). Der Staat etabliert eine bestimmte Struktur von Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, die ersterem

zugute kommt, und er schafft den Rahmen, um die politische und ideologische Reproduktion sicher zu stellen.

In diesem Sinne haben die »Rückkehr des Staates« und der damit zusammenhängende Diskurs steigender Sozialausgaben eine absurde Variante des peripheren Kapitalismus hervorgebracht. Hinter tautologischen Anrufungen und antineoliberalen Tiraden verbirgt sich eine Politik, die dem kapitalistischen System durch die bloße Korrektur der während der neoliberalen Phase begangenen Exzesse Legitimation zurückgibt. Neben Programmen, die sich im Rahmen einer normalen Sozialstaatspolitik bewegen, als »links« definiert sind und einen starken Effekt auf das kollektive Bewusstsein der Bevölkerung und deren Wahlverhalten haben, zeichnete sich die postneoliberale Agenda der »progressiven Regierungen« aber auch durch eindeutig reaktionäre wirtschaftspolitische Maßnahmen aus.

Es lässt sich kaum infrage stellen, dass sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung dort, wo fortschrittliche Parteien regierten, im Vergleich zur neoliberalen Phase verbessert haben. Dafür gibt es jedoch eine Reihe von Erklärungen: Zu nennen wären der durch die hohen Rohstoffpreise ausgelöste Wirtschaftsboom, der die Erhöhung von Subventionen und Kaufkraftgewinne der Arbeiter ermöglichte, aber auch die Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und die Investitionen in das Gesundheits- und Bildungswesen. Dazu kommt außerdem eine demokratische Politik, die der Neoliberalismus aufgegeben hatte: die institutionelle Anerkennung der ethnischen Diversität, einige Fortschrit-

te in der Gleichstellung der Geschlechter sowie eine lange Liste von normativen und Gesetzesreformen. Diese Praxis bestärkte in den Jahren des Booms den Eindruck eines politischen Wandels und verschaffte den fortschrittlichen Regierungen in jenen Teilen der Bevölkerung, die historisch marginalisiert worden waren und nun wieder zur Kenntnis genommen wurden, einen massiven Wählerzuspruch. Doch gleichzeitig gab es kaum strukturelle Veränderungen, blieb die Interventionspolitik des Staates auf assistenzialistische Maßnahmen beschränkt und erlaubte die Befriedung einer sozial und politisch angespannten Lage.

Ein linkes Projekt müsste darüber hinausgehen, die radikale Umverteilung des Reichtums anstreben und die Sozialpolitik in den Mittelpunkt ihrer auf Gleichheit abzielenden Wirtschaftspolitik stellen. Dies ist etwas anderes, als die Effekte einer Ungleichheit produzierenden Wirtschaftspolitik sozialpolitisch abzufedern. Doch diese grundlegenden Unterschiede zwischen den Politikansätzen wurden während der (Mitte-)Links-Regierungen in Lateinamerika dadurch verschleiert, dass mit den Sozialprogrammen das Einkommen der Ärmsten stieg und innerhalb von sehr kurzer Zeit die Kennziffern für soziale Ungleichheit zurückgingen. Diese Zahlen wurden verwendet, um die Idee einer »real existierenden Linken« zu propagieren (Stolowicz 2007, 363).

Der politisch konfuse Postneoliberalismus beruhte in der Region auf zwei grundlegenden Mustern: a) der Überwindung des neoliberalen Wirtschaftsmodells

durch eine Politik, die eine starke symbolische Wirkung entfaltete und die »Spielregeln« des institutionellen Felds auf den Kopf stellte (die Verabschiedung neuer Verfassungen sowie von Gesetzes- und Wahlrechtsreformen); b) die Delegitimation der während des Neoliberalismus führenden politischen Akteure, vor allem der alten Parteiliten, wobei jedoch die eigentlich Verantwortlichen des zuvor herrschenden Chaos, nämlich die Marktakteure und ihr Akkumulationsmodell, völlig unberührt blieben.

Die Entwicklung von Alternativen wurde durch die Tatsache beschränkt, dass diese Regierungen ihre politische und radikal-diskursive Kraft aus einem Bündnis mit den ökonomischen Eliten zogen – den Banken, großen nationalen Unternehmensgruppen, transnationalen Konzernen und dem Agrarbusiness –, was dazu führte, dass die neoliberale Hegemoniekrise in ein postneoliberales Projekt ohne antikapitalistische Perspektiven mündete.

Die progressiven Regierungen erwiesen sich in den bald zwanzig Jahren, die der »linke Zyklus« andauerte, als unfähig, eine über den Kapitalismus hinausreichende Vision zu entwickeln.

»Folglich hörte [die Regierungslinke] auf, sich mit der Überwindung des Kapitalismus auseinander zu setzen und konzentrierte ihre Vorstellungskraft stattdessen darauf, eine Form der Koexistenz mit dem Kapitalismus zu entwickeln, bei der die sozialen Kosten der Akkumulation – die auf Individualismus (versus Gemein-

schaftlichkeit), Konkurrenz (versus Reziprozität) und Profitrate (versus Komplementarität und Solidarität) beruht – abgefangen werden sollten. Sozialdemokratie, Keynesianismus und Wohlfahrts- und Entwicklungsstaat der 1960er Jahre sind zentrale politische Figuren einer solchen Koexistenz« (de Sousa Santo 2010, 25).

Aus dieser Perspektive kommt der *progresismo* in einem Bündel von Reformen zum Ausdruck, die die Position des Staates stärkten, gleichzeitig aber die internationale neoliberale Orthodoxie (die de Sousa Santo auch als illusionäre Staatsgemeinschaft bezeichnet) nicht infrage stellte.

»Die illusionäre Staatsgemeinschaft hat eine national-populäre und klassenübergreifende Ausrichtung. Die ›Gemeinschaft‹ beruht auf der Fähigkeit des Staates, einige Forderungen der unteren Klassen durch Investitionen und symbolisch-ideologische Maßnahmen aufzugreifen. Selbst die staatliche Repression eignet sich eine symbolisch-ideologische Oberfläche an (die sogenannte *seguridad ciudadana*, die ›Bürgersicherheit‹). Das ›illusionäre‹ Element besteht im Klassencharakter der klassenübergreifenden Politik. Die Akkumulationsaufgaben stehen nicht länger im Widerspruch zu den Legitimationsaufgaben des Staates, sondern sind ihr Spiegel: Der Staat verwandelt nicht deshalb Privatinteressen in staatliche Politik, weil er der ›Ausschuss‹ zur Verwaltung der ›gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoischicht‹ ist, sondern weil er bei der Vertei-

digung des Gemeinwohls Autonomie besitzt. Zudem führt die scharfe Kritik der arrogantesten Formen der Klassenmacht (die Satanisierung von Luxuskonsum, Boni und anderen Gewinnausschüttungen der Superreichen) durch den Staat dazu, dass die Grundlagen dieser Macht noch schwerer erkennbar und angreifbar sind« (ebd., 67).

Hätten die fortschrittlichen Regierungen diesem Zusammenhang entgegen wirken wollen, hätten sie die objektiven und subjektiven Faktoren für den antikapitalistischen Kampf schaffen müssen. Sie hätten ihr Augenmerk auf die Zurückdrängung von Warenlogik und Patriarchat, auf den Aufbau vielfältiger und komplementärer Formen von Volksmacht, auf einen graduellen Prozess der Nationalisierung und zur Stärkung der Arbeiterselbstverwaltung sowie der Genossenschafts- und Solidarökonomie richten müssen. Und sie hätten auf die Unterstützung eigenständiger gesellschaftlicher Organisationen, auf den Kampf gegen die Entfremdung, auf die Stärkung ruraler und urbaner Gemeinschaften und auf viele andere Elemente einer gegenhegemonialen Politik setzen müssen, die sich von der institutionellen Kontrolle des Lebens und vom politischen Klientelismus radikal unterscheiden. In Sinne von Gilles Deleuze wäre die Linke keine Ideologie, sondern eine Form zur Wahrnehmung der Welt.

Das beschriebene Problem rührt von den Illusionen her, die hinsichtlich eines neutralen, vermittelnden und in den Klassenauseinandersetzungen relativ

autonomen Staates gehegt werden. Engels hingegen hatte den Staat in seinem *Anti-Dühring* als eindeutig positionierte Einrichtung definiert: »Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist.« (Engels 1962, 260). Viele Jahre später sollte Toni Negri die These wieder aufgreifen und aktualisieren:

»Das geht so weit, dass vor dem Hintergrund der ausschließlich empirischen Beobachtung, wonach die Demokratie zu einem historischen Überbleibsel verkommt und sich der Staat der Gegenwart in eine stets zur Provokation, zur politischen und/oder terroristischen Antizipation bereite Planungs- und Verwaltungsmaschine für sich zuspitzende Konflikte und für die Kontrolle und Prognose der politischen Verhaltensweisen der Massen verwandelt, die revolutionäre Analyse des Staates als Gesamtkapitalist, als planender Entwicklungs- und Krisenstaat weiter entwickelt wird« (Negri 2003, 385).

Ausgehend von diesen Überlegungen muss man feststellen, dass der Aufbau von Gegenhegemonien – verstanden als Elemente eines eigenständigen politischen Bewusstseins der unteren Klassen – nicht von der Staatsmacht vorangetrieben werden kann, da das kapitalistische Gehirn zum Staat geworden ist. Aber Negri geht noch weiter und weist uns darauf hin, dass sich die demokratische Legitimation des Staates heute hauptsächlich auf die kapitalistische Norm zur Entfaltung der

Ausbeutung stützt und das Konzept der Freiheit nur in einem einzigen möglichen Rahmen verortet wird: der kapitalistischen Entwicklung.

In diesem Sinne müsste die Entfaltung von Gegenhegemonien in Lateinamerika mit dem Aufbau transversaler, multikultureller und plurinationaler Konzepte von Klassenbewusstsein einhergehen, die die kolonialen Strukturen des Nationalstaates infrage stellen, emanzipatorische Perspektiven von Gender, Klasse und indigenen Kulturen verbinden und ein freiheitliches Projekt formulieren, in dem Chancengleichheit, alternative sozioökonomische »Entwicklung«, die Wiederaneignung des ländlichen Raums und die Verteidigung der natürlichen Umwelt ausbalanciert werden. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, bedeutet das Konzept der Gegenhegemonie die Infragestellung von Grundannahmen der Moderne: der Dominanz der wissenschaftlichen Vernunft, der Entwicklungs- und Akkumulationskonzepte sowie der Herrschafts- und Kontrollbeziehungen gegenüber der Natur.

Die Reproduktion der Arbeitskraft macht nicht nur die Wiederherstellung ihrer Qualifikation, sondern auch die Reproduktion der Unterwerfung unter die herrschende Ideologie nötig: also das Anerkennen der etablierten Ordnung. Dabei kombiniert der Staat zwei Mechanismen der sozialen Kontrolle: die seiner ideologischen Apparate (Religion, Schule, Recht, Familie, Gewerkschaften, Politik, Medien oder Kultur) mit denen seiner Repressionsapparate. Jede gesellschaftliche Gruppe wird durch die die Ideologie geprägt, die

ihrer Rolle in der Klassengesellschaft entspricht. Der Ausgebeutete besitzt ein berufliches, moralisches, bürgerliches und apolitisches Bewusstsein; der Ausbeuter hat die Fähigkeit zur Führung und zur gesellschaftlichen Vernetzung. Die Angehörigen der Repressionsorgane müssen wissen, wie man widerspruchslos befiehlt und gehorcht, und diejenigen, die in der Ideologieproduktion tätig sind, müssen verstehen, wie Bewusstsein manipuliert wird. Auf diese Weise wird die Ideologie zu einem Ideen- und Repräsentationssystem, das das Individuum und/oder die soziale Gruppe beherrscht. Nach Althusser ist die Ideologie für Marx ein imaginäres Gefüge (*bricolage*), das die Geschichte der Individuen konfiguriert, welche auf diese Weise wiederum ihre Existenz materiell reproduzieren.

Von dieser Überlegung ausgehend, versteht Althusser Ideologie als eine Repräsentation des imaginären Verhältnisses (als imaginäre Deformation) der Individuen zu ihren Existenzbedingungen. Der strukturalistische Philosoph schrieb: Wenn auch »die Kategorie des Subjekts für jede Ideologie konstitutiv ist, so muss jedoch zugleich sofort hinzugefügt werden, dass die Kategorie des Subjekts nur insofern konstitutiv für jede Ideologie ist, als es die Funktion jeder Ideologie ist (sie wird durch diese Funktion definiert), die konkreten Individuen als Subjekte zu »konstituieren« (Althusser 1974, 139). Das bedeutet, dass Ideologie auf doppelte Weise wirkt, da sie letztlich nichts anderes ist als das Funktionieren unter den materiellen Existenzformen der Funktionsweise selbst. Der argentinische Populismus-

theoretiker Ernesto Laclau sollte später hinzufügen, dass die »Individuen, die einfache Stützen der Strukturen darstellen, durch die Ideologie in Subjekte verwandelt werden« (Laclau 1978, 101). Der charakteristische Mechanismus dieser Umdrehung ist die Anrufung. Die Besonderheit des Populismus als Politikform besteht in einem dichotomischen Diskurs, der die Gesellschaft in zwei entgegengesetzte Pole aufteilt und das Volk auf der Grundlage dessen erschafft, dass er die Leute »von unten« gegen die herrschende Klasse anruft.

Linkspopulismus

Der Populismus hat sich in diesem Sinne dadurch ausgezeichnet, dass er neue politische Organisationen erschuf, die a priori Transformationsprojekte mit extrem flexibler ideologischer Grundlage darstellten. Dies erlaubte es ihm, sich mit einem wandelbaren Anti-Eliten-Diskurs an die jeweilige Situation anzupassen, und erklärt, warum der Populismus der dritten Generation, der auch als Neopopulismus bezeichnet wird, seinen Anfang mit Politikern nahm, die auf Freihandel und Marktliberalisierung setzten (Carlos Menem in Argentinien, Alberto Fujimori in Peru, Carlos Salinas de Gortari in Mexiko oder Fernando Collor de Mello in Brasilien), während der Populismus des darauf folgenden Jahrzehnts (Hugo Chávez in Venezuela, Rafael Correa in Ecuador oder Evo Morales in Bolivien) wieder einen Interventionsstaat propagierten, der die Wirtschaft regulieren und ihr Impulse geben sollte.

Der Populismus besitzt, auch wenn er Folge eines realen Konflikts ist, ein eher politisches als ökonomisches Profil. Seine Führer haben einen antioligarchischen Diskurs erschaffen, der durch seine rhetorische Konfrontation mit dem Status Quo große Wirkung auf die kollektiven Vorstellungen der Bevölkerung entfaltet. Um seine Führungsrolle bei Wahlen bestätigen zu können, stützt sich der Populismus zudem auf klientelistische Netzwerke (Machado, 2013a):

»Die neopopulistischen Politiker präsentieren sich als Personifizierung von Ordnung, Entschlossenheit und Tatkraft sowie als persönliche Beschützer des Volkes, die dieses vor der Härte der Ökonomen und Technokraten bewahren (welche allerdings häufig von ihnen selbst an die Macht gebracht werden). Sie schützen die von ihnen repräsentierten Massen vor einer erbarmungslosen und gegenüber dem menschlichen Leid gefühllosen Welt, vor Gesellschaften, in denen sich die Konkurrenz und die Ungleichheit verschärft und sich das Gefühl von allgemeiner und persönlicher Unsicherheit ausgebreitet haben« (Novaro 1996, 144).

Das Ziel des Populismus besteht gewöhnlich darin, für gesellschaftliche Legitimation zu sorgen, während sich eine spezifische Elite an der Macht hält, die dank der Popularität ihres Führers politische Hegemonie ausübt. Die Instrumente massenmedialer Kommunikation spielen in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Die Bevölkerung tendiert dazu, ihre Macht an

Staatsprojekte zu übertragen, in denen der Führer die Macht innerhalb vage definierter Grenzen ausübt (Morlino, 1995).

Dieses in Lateinamerika als »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« propagierte Modell verblieb in der politischen Logik eines »dritten Wegs« (Machado 2013a), der die Klassenkämpfe und den Widerstand gegen das neoliberale Modell zu überwinden half und eine pragmatische Politik entwickelte, deren Legitimation sich aus einer starken sicherheits- und wohlfahrtsstaatlichen Rhetorik speiste. Es ging letztlich darum, die staatlichen Institutionen gegenüber einer Gesellschaft zu stärken, die in den Jahren zuvor durch die sozialen Bewegungen an Macht gewonnen hatte – Bewegungen, die häufig antikapitalistisch gewesen waren und den Widerstand gegen den Neoliberalismus auf die Straße getragen hatten.

Auch wenn Theoretiker wie Laclau dem Populismus genuin demokratische Qualitäten zusprechen, die ihn angeblich vom verwelkten liberaldemokratisch-pluralistischen System unterscheiden, verwandelt sich das etablierte Verhältnis zwischen der populistischen Führung und den von ihm Regierten auf diese Weise in einen konsensorientierten Autoritarismus. Mit Verweis auf Max Horkheimer (1983) könnte man behaupten, dass der autoritäre Staat ein soziologisches Phänomen ist, das seine Wurzeln in einer historischen Situation von Anarchie, Unordnung und Krise hat; der Staat präsentiert sich als Ausweg aus den bestehenden Problemen. Laclau bekräftigte in seinem Hauptwerk *On*

Populist Reason, dass die populistische Vernunft mit der politischen Vernunft insofern identisch ist, als der Kern populistischer Führung in der Fähigkeit besteht, eine stabile und homogene Ordnung der Gesellschaft durchzusetzen: »Die Identifikation mit einem leeren Signifikanten ist die *conditio sine qua non* für das Entstehen eines Volkes« (Laclau 2005, 204). Für Laclau stellt dieser »leere Signifikant« einen Riss dar, der sich aufgrund der Repräsentationskrise und der von Gegenbewegungen erzeugten Spannungen im hegemonialen Block gebildet hat. Die erfolgreiche Umsetzung der Thesen Laclaus hat in der Praxis jedoch dazu geführt, dass der »leere Signifikant« mit dem Namen eines charismatischen Führers identifiziert wird, der als Inkarnation des Volksempfindens und als Stimme »des Volkes« erscheint. Das hier entwickelte Modell verwandelt sich in eine neue Universalität und weist viele Parallelen zu dem auf, was bei klassischeren Theoretikern wie Peter Wiles als »Volksstaat« bezeichnet wird. »Der Volksstaat ist jener Staat, der sich sichtbar macht und Gefühle für seinen Führer zeigt, der über Willen und menschliche Tugenden verfügt, in dessen Adern nicht die Lymphflüssigkeit der Indifferenz und Neutralität, sondern das Blut von Macht und Gerechtigkeit fließt. Das Volk und sein Anführer sind die zwei Einheiten des Regimes« (Wiles 1998, 205).

Es stimmt, dass der Aufstieg charismatischer Führungspersonen in Lateinamerika eine Reaktion auf den Kollaps des sozialen und ökonomischen Modells darstellte und dass die Legitimation dieser Führer auf einer

institutionellen Politik beruhte, die die repräsentative und plebiszitäre Wahldemokratie gestärkt hat. Doch das charismatische oder caudillistische Führungskonzept, wie es sich in Lateinamerika entwickelt hat, stand auch nie in Widerspruch zu den autoritären Traditionen, die den Staat als Instrument zur Herstellung von nationaler Einheit und das Konzept des »Vaterlandes« als Werkzeug der gesellschaftlichen Homogenisierung verstehen. Parallel zur Erosion des bürgerlichen, liberaldemokratischen Projekts haben sich Presidentialismus und bürokratischer Klientelismus in zentrale Achsen der populistischen Ordnung verwandelt: Die Befriedigung von Bedürfnissen wird gegen die Unterstützung des Regimes bei Wahlen getauscht.

Modernisierungsstrategien

Waren die alte Modernisierungsstrategien in Wirklichkeit nicht mehr als Varianten einer ökonomistischen Wachstumstheorie, so hegte auch die Wirtschaftspolitik der lateinamerikanischen Linksregierungen in den letzten Jahren Illusionen darüber, wie sich Wachstum – im Rahmen abhängiger kapitalistischer Entwicklung – mit sozialer Emanzipation verbinden lässt.

Die Stärkung des Staates und der nationalen Souveränität wurde von der institutionalisierten Linken als Eckpfeiler des Widerstands gegen die neoliberale Globalisierung verstanden. In diesem Sinne verwandelten sich der Nationalstaat und der Aufbau eines regionalen Wirtschaftsblocks in die einzig denkbaren Instrumente

des Widerstands gegen die Macht der transnationalen Konzerne. Abgesehen davon, dass der Staat in Anbetracht wiedererstarkender Rohstoffmultis und sinkender Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt schnell auch wieder an Boden verlor, hat eine Politik, die Bedingungen für eine autonome Entwicklung des peripheren Kapitals zu schaffen versucht, wenig mit sozialer Emanzipation und Freiheit zu tun.

Der *neodesarrollismo*², der auf einem Nationalprojekt und einem klassenübergreifenden Sozialpakt beruht, sieht den Staat als zentralen politischen Akteur und unterwirft die Gesellschaft der Disziplin und Kontrolle der Institutionen. Letztlich bleibt das ganze Vorhaben der fortschrittlichen Regierungen Lateinamerikas auf Machtausübung beschränkt. Im Verhältnis zum Kapital bemühen sie sich um eine gewisse Regulierung der Märkte und um eine Modernisierung von Ökonomie und Gesellschaft, für die sie den hochtrabenden Begriff »der zweiten Unabhängigkeit« erfunden haben.

Wie bereits erwähnt, ist diese Modernisierungsstrategie nicht mehr als eine aktualisierte und aufgehübschte Fassung der alten Entwicklungspolitik der 1930er Jahre. Diese ermöglichte eine gewisse Industrialisierung sowie die Durchsetzung kapitalistischer Beziehungen auf dem Land, öffnete transnationalen Konzernen den Zugang zu den Bodenschätzen in unseren Ländern und trug zur »Modernisierung« des Arbeitsmarktes sowie zur Durchdringung der Produktions- und Konsummärkte durch den Finanzsektor bei. Beim *neodesarrollismo* der Gegenwart handelt es sich um ein ganz ähnliches

Projekt, wobei allerdings der »systemischen Konkurrenzfähigkeit« besondere Bedeutung beigemessen wird (Leiva 2008). Als zentrale Kriterien wirtschaftlicher Entwicklung gelten: Innovation, die Entfaltung einer kapitalistischen Unternehmenskultur, die Flexibilisierung des Produktionssystems, die Bildung von Humankapital, die Bereitstellung und Modernisierung der Infrastruktur sowie die innovationsorientierte Kooperation von Wissenschaft und Staat.

Letztlich lässt sich die *neodesarrollistische* Logik folgendermaßen zusammenfassen: Anwendung einer heterodoxen Wirtschaftspolitik unter der führenden Rolle des Staates, wobei die Zugeständnisse an das Kapital pragmatisch verschleiert werden (Katz 2014). Zudem setzt man, allerdings mit bescheidenem Erfolg, auf die Industrialisierung und schließt Bündnisse mit dem Agrarbusiness, um die Rentabilität der Landwirtschaft zu steigern. Mit ausländischen Konzernen werden Abkommen unterzeichnet, mit denen die technologische Kluft verringert werden soll. Man hofft darauf, den Erfolg der vier »asiatischen Tiger« (Südkorea, Hongkong, Singapur und Taiwan) kopieren zu können, die zwischen 1960 und 1990 mithilfe staatlicher Subventionen, eines niedrigen Lohnniveaus, sozialer Stabilität und dank der Identifikation der Arbeiter/innen mit ihrer Beschäftigung hohe Wachstumsraten erzielen konnten.

Um das finanzieren und die Unterentwicklung überwinden zu können, setzte diese neue Variante von Staatskapitalismus auf Neoextraktivismus – die Aus-

richtung der Ökonomie auf die Ausbeutung der Natur unter staatlicher Führung – und erhöhte sowohl die Einnahmen aus dem Rohstoffexport als auch die Steuereinnahmen. Oder wie es der argentinische Ökonom Claudio Katz ausdrückt: »Es gibt keine starken Märkte ohne starke Staaten«.

Die wirtschaftliche Entwicklung verbleibt auf diese Weise in der Logik von »Modernisierung« und »Fortschritt«; Grundlage bleibt ein an Akkumulation und Profit orientiertes Organisationsmodell. Katz (2014) zufolge »stehen die neuen Entwicklungsregierungen der technokratischen CEPAL näher als dem kritischen Denken und stellen eher eine Weiterführung als einen Bruch mit dem Neoliberalismus dar«. Auf diese Weise versucht man unkenntlich zu machen, dass die Länder, die sich unter der Ägide des Kapitalismus als dynamische Konkurrenten auf dem Weltmarkt durchzusetzen versuchen, dies nur schaffen können, wenn sie ihren Arbeiter/innen eine höhere Mehrwertrate abpressen.

Denn obwohl es einigen peripheren Ländern durch Strategien der nachholenden Entwicklung im 20. Jahrhundert gelang, auf Kosten absteigender alter Mächte stärkere Weltmarktpositionen zu erobern, legt die Theorie der ungleichen und kombinierten Entwicklung doch nahe, dass dieser Ansatz nicht verallgemeinert werden kann.

Die lateinamerikanische Begeisterung für den südostasiatischen Entwicklungsweg macht es unmöglich, diese Zusammenhänge zu erkennen, dabei konstatier-

te Marx schon vor 150 Jahren, dass der Weltmarkt die oberste Instanz in der kapitalistischen Gesellschaft ist. In diesem Zusammenhang muss man darauf hinweisen, dass die – von den großen Konzernen koordinierten – Wertschöpfungsketten eine zentrale Rolle in der internationalen Arbeitsteilung spielen und die Entwicklung der peripheren Länder massiv beeinflussen, die in diesen Ketten nur als Auftragnehmer für untergeordnete Tätigkeiten auftauchen.

Das schnelle Wachstum der südostasiatischen Länder hatte unmittelbar mit ihrer Einbindung in den Weltmarkt und in die globalen Wertschöpfungsketten zu tun. Dennoch vergessen die Planer und Strategen in den lateinamerikanischen Regierungen heute, dass die Unterstützung der transnationalen Konzerne in jedem Teil dieser Ketten davon abhängig ist, ob das jeweilige Projekt die Stellung der genannten Unternehmen in den Entwicklungsländern verbessert und die globalen Gewinnaussichten der Konzerne erhöht.

Man kann also festhalten, dass die großen transnationalen Unternehmen die Entscheidungsmacht in den Produktionsketten für sich beanspruchen und eigene Interessen durchsetzen: Steuerbefreiung, Prekarisierung der Arbeit, niedrige Löhne, die systematische Benachteiligung lokaler Auftragnehmer. Es geht um eine Minimierung von Kosten und eine Maximierung von Gewinnen in globalem Maßstab. Zwar ist es richtig, dass auch Länder, die spät auf den Weltmarkt drängten, andere ablösen können. Doch die Intelligentsia der fortschrittlichen Regierungen in Lateinameri-

ka haben bewusst oder unbewusst ausgeblendet, dass irgendjemand die Kosten dieses wirtschaftlichen »Erfolgs« tragen muss.

Für den *progresismo* kennzeichnend war, dass man im Rahmen der sich herausbildenden multipolaren Weltordnung ein eigenes Entwicklungsmodell zu formulieren versuchte, das staatliche Regulation und Marktwirtschaft miteinander kombinieren sollte. Die postneoliberale Agenda setzte darauf, die Sozialpolitik auszubauen und den Binnenmarkt zu entwickeln, ohne das vom Neoliberalismus übernommene Akkumulationsmodell infrage stellen zu müssen. Dieses Konzept ist nicht neu, sondern eher so etwas wie eine lateinamerikanische Neuauflage des Mottos von John Maynard Keynes. Gerechtigkeitssinn und gesunder Menschenverstand waren Keynes nicht fremd, aber der britische Ökonom betonte auch, dass er »im Klassenkampf aufseiten der gebildeten Bourgeoisie stehen« werde.

Dieser Ansatz hatte in Lateinamerika eine positive Wirkung auf die sozioökonomischen Kennziffern, was allerdings auch im Zusammenhang mit allgemeinen Entwicklungen der Weltwirtschaft gesehen werden muss. Das sehr hohe und drei Jahrzehnte anhaltende Wachstum der chinesischen Ökonomie (die jährlichen Wachstumsraten lagen zwischen 1980 und 2006 bei rund 10 Prozent) hatte strukturelle Folgen für die Rohstoffpreise. Zwischen 2002 und 2011 stieg der Wert der von Lateinamerika exportierten Güter und Dienstleistungen um 37 Prozent. Angetrieben wurde diese Entwicklung durch einen Anstieg der Exportpreise:

Energie verteuerte sich um um 303 Prozent, Lebensmittel um 143 Prozent und Mineralien um 505 Prozent (Aranibar y Rodríguez 2013, 26). Angaben der CEPAL zufolge, entwickelte sich der Wert der lateinamerikanischen Exporte in den letzten 30 Jahren exponentiell: Er nahm von 19 Milliarden US-Dollar im Jahr 1980 auf 340 Milliarden im Jahr 2000 und mehr als eine Billion US-Dollar zu Beginn der 2010er Jahre zu.

Auszug aus:

Decio Machado / Raúl Zibechi

Die Macht ergreifen, um die Welt zu ändern? Eine Bilanz der lateinamerikanischen Linksregierungen

Realität der Utopie 4

Übersetzt von Raul Zelik

220 Seiten

Paperback, 10,5 x 14,8 cm

ISBN 978-3-86505-755-6

12,- Euro

Bertz + Fischer Verlag